

### Sozialgericht Berlin muss stärker entlastet werden

**Berlin, 05.07.2009:** Die Rechtsanwaltskammer Berlin unterstützt nachdrücklich die Forderung der Senatsverwaltung für Justiz, bei den abschließenden Haushaltsplanungen am 07.07.2009 die dringend benötigten nichtrichterlichen Stellen beim Sozialgericht Berlin zu bewilligen. Der Senat hat bei den Vorverhandlungen für den Doppelhaushalt 2010/2011 zwar 40 zusätzliche Richterstellen eingeplant, Justizsenatorin Gisela von der Aue die gleichermaßen benötigten nichtrichterlichen Stellen aber nicht zugesprochen.

„Wir wissen, dass der Sparzwang in Berlin größer geworden ist“, sagt Irene Schmid, Präsidentin der Rechtsanwaltskammer Berlin. „Bei den Haushaltsplanungen muss der Senat aber auch in dieser Situation dafür sorgen, dass die Berlinerinnen und Berliner in absehbarer Zeit zu ihrem Recht kommen – vor allem dann, wenn es um existentielle Fragen von Hartz-IV-Empfängern geht,“ so Schmid.

Die Kammerpräsidentin weist darauf hin, dass dies in einem Rechtsstaat von großer Bedeutung sei. Darüber hinaus führe es zu zusätzlichen Belastungen der Bürger und höherem Verwaltungsaufwand für alle Seiten, wenn Fragen der Leistungsbemessung über einen längeren Zeitraum im Unklaren bleiben. Die lange Verfahrensdauer verursache daher der Landeskasse zusätzliche Kosten, die niemandem nutzen und besser für die Einrichtung der benötigten Stellen verwendet werden sollten.

*Für Rückfragen:* Benno Schick, Rechtsanwaltskammer Berlin,  
Tel. 030 - 306 931 43; 0163 - 1974 259; [presse@rak-berlin.de](mailto:presse@rak-berlin.de)

In der Rechtsanwaltskammer Berlin sind die in Berlin zugelassenen 12.288 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte organisiert. Die Rechtsanwaltskammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.